

Rede

Kiel, 24.09.2004

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Universalwerft HDW in Kiel

Der SSW begrüßt die vorliegenden Anträge zur Unterstützung der HDW-Werft. Denn es geht ganz konkret um viele Arbeitsplätze und um das Schicksal vieler Familien in Kiel und Umgebung. Aus übergeordneter Sicht soll die geplante Fusion zu einem Norddeutschen Werftenverbund zur Sicherung der Werftenstandorte in Deutschland beitragen. Aber das Problem bei dieser Fusion ist natürlich, dass es beim neuen Werftenverbund in einigen Bereichen Überkapazitäten gibt und deshalb ein Arbeitsplatzabbau wahrscheinlich ist. Aus Sicht des SSW macht die Fusion aber nur Sinn, wenn mit ihr auch ein offensives Konzept für die bisherigen Produktionsschwerpunkte und Standorte verwirklicht wird.

Deshalb geht es auch weiterhin darum, dass wir so viele Arbeitsplätze wie möglich bei der HDW in Kiel erhalten müssen. Der SSW unterstützt daher auch die IG Metall und den Betriebsrat der HDW, die dafür kämpfen, dass nicht nur der U-Boot-Bau, sondern auch das zweite Standbein der Werft im zivilen Schiffbau, wie der Groß-Yachtbau oder der Containerschiffbau, in Kiel bleiben oder sogar ausgebaut werden. Das ist, was die FDP in ihrem Antrag mit der Forderung nach einer Universalwerft HDW umschreibt. Dabei ist uns gesagt worden, dass der Begriff Universalwerft etwas veraltet ist. Aber egal, wie man das Kind nun nennt. Es geht darum, dass die HDW in einem künftigen Werftenverbund nicht nur vom U-Boot-Bau abhängig ist.

Beim U-Boot-Bau ist die HDW nach wie vor Weltspitze, und dieser steht auch für 90% der Wertschöpfung der Werft. Der Thyssen-Konzern als zukünftiger Eigner des Norddeutschen Werftenverbundes hat ja auch vorgesehen, dass



die U-Boote bei HDW bleiben werden. Aus meiner Sicht ist die Argumentation nachvollziehbar, dass der Werftenstandort Kiel durch den Erhalt des zivilen Schiffbaus auch in Zukunft flexibel bleibt und dass sich daraus auch Synergieeffekte ergeben. Dazu kommt die Frage, was dann eigentlich mit der HDW passiert, wenn der U-Boot-Bau mal nicht mehr so floriert wie heute? Der Marineschiffbau hängt stark von politischen Konjunkturen ab und diese können sich schnell ändern.

Im Großyachtbau hat die HDW nicht nur eine Menge Erfahrung und Kompetenz vorzuweisen, sondern kann auch auf eine profitable Fertigung verweisen. Im Bereich der Containerschiffe, wo es nicht zuletzt wegen der Dumpingpolitik vieler asiatischer Länder Probleme mit dem internationalen Preisniveau gibt, ist dies sicherlich schwieriger – auch weil Schleswig-Holstein sich leider nicht die volle Werftenhilfe leisten kann. Dies ist ein Punkt, den die Landesregierung im Haushaltsvollzug 2004/2005 überdenken sollte.

Aber auch die Werft selber muss in Bereich des zivilen Überwasserschiffbau durch eine verbesserte Produktivität oder durch die Erschließung von neuen Nischen-Produktionen ihren Beitrag leisten. Die FSG in Flensburg hat es mit den Bau von Ro-Ro-Schiffen zum Weltmarktführer gebracht und zeigt, dass der zivile Schiffbau auch in Deutschland Zukunft haben kann.

Nun hat Thyssen vor zwei Tagen ein neues industrielles Konzept vorgelegt, das die Weiterführung des zivilen Schiffbaus auf der HDW organisiert in einer GmbH vorsieht. Dies soll mit einer deutlich erhöhten Ausweitung des Containerschiffbaus verbunden sein. Dass ist angesichts der starken Konkurrenz, die es in diesem Bereich innerhalb des neuen Werftenverbundes mit den Werften in Hamburg oder Emden gibt, schon ein Teilerfolg für HDW.

Ich kann aber auch verstehen, dass man mit diesem Vorschlag noch nicht zufrieden ist. Insbesondere ist es natürlich problematisch, dass vorgesehen ist, den erfolgreichen Bau von Großyachten von Kiel nach Blohm+Voss in Hamburg zu verlegen. Auch, dass die Konstruktionsabteilung für Überschiffbau womöglich aus Kiel verschwindet, ist nicht akzeptabel. Deshalb bleiben leider womöglich bis zu 700 Arbeitsplätze in Kiel bedroht. Die Verhandlungen und der Kampf um die Arbeitsplätze müssen also weitergehen.

Deshalb ist es so wichtig, dass heute alle Parteien des Schleswig-Holsteinischen Landtages voll hinter der Belegschaft der HDW stehen, und dass sich die Landesregierung weiter für die Interessen des Standortes Kiel einsetzen. Übrigens ist es aus Sicht des SSW eine Selbstverständlichkeit, dass Ministerpräsidentin Heide Simonis ihr politisches Gewicht für die Arbeitsplätze bei HDW einsetzen wird. Das hat sie bisher getan, und das wird



sie auch in Zukunft mit Unterstützung des Landtages tun.